

GEMEINDEVERWALTUNGSVERBAND SECKACHTAL

BETREFF 6. ÄNDERUNG DER 1. FORTSCHREIBUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS ZUM BEBAUUNGSPLAN „GEMEINDEHAUS HEINRICH-MAGNANI-STRASSE“

Offenlegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vom 22.01.2024 bis 23.02.2024

Eingegangene Stellungnahmen der Behörden

Nr.	Behörde	Stellungnahme v.	Stellungnahme	Behandlungsvorschlag
1.	Landratsamt NOK	26.02.2024	Von Seiten folgender Fachbehörden wurden keine Bedenken und Anregungen vorgetragen: <ul style="list-style-type: none"> • Technische Fachbehörde - Sachgebiet Grundwasserschutz sowie Sachgebiet Oberirdische Gewässer • FD Gewerbeaufsicht • FD Gesundheitswesen • FD Straßen • FD ÖPNV • FD Flurneuordnung und Landentwicklung • FD Vermessung • Kreisbrandmeister 	Wird zur Kenntnis genommen.
	Landratsamt NOK Fachdienst Baurecht	26.02.2024	1. Der Flächennutzungsplan bedarf der Genehmigung nach § 6 Abs. 1 BauGB.	Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
			2. Umweltprüfung – Umweltbericht Für diese FNP-Änderung ist die Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB und das Erstellen eines Umweltberichts nach § 2a Nr. 2 BauGB erforderlich. Für diese FNP-Änderung ist die Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB und das Erstellen eines Umweltberichts nach § 2a Nr. 2 BauGB erforderlich (vgl. Nr. 6.1 der städtebaulichen Begründung). Den aktuell vorgelegten Unterlagen lag ein Umweltbericht bei, in dem die ermittelten und bewerteten Umweltbelange dargelegt werden. Dabei wurde entsprechend unserer vorausgegangenen Stellungnahme auf den detaillierten Umweltbericht aus dem Bebauungsplanverfahren zurückgegriffen. Formell verbleiben daher insoweit keine grundsätzlichen Bedenken. Zu etwaigen inhaltlichen Details bezüglich verschiedener Umweltbelange wird ergänzend auf die nachfolgenden Stellungnahmen der einzelnen Fachbehörden verwiesen.	Die Zustimmung zum Detaillierungsgrad des Umweltberichts wird zur Kenntnis genommen.
			Wir gehen davon aus, dass zum FNP-Verfahren gemäß § 3 Abs. 3 BauGB bei der ortsüblichen Bekanntmachung zu § 3 Abs. 2 BauGB darauf hingewiesen wurde, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Absatz 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen	Der Hinweis zur öffentlichen Bekanntmachung wird zur Kenntnis genommen und wurde beachtet.

Nr.	Behörde	Stellungnahme v.	Stellungnahme	Behandlungsvorschlag
			der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.	
			<p>3. Klimaschutz</p> <p>Der Klimaschutz und die Klimaanpassung verfügen durch die „Klimaschutzklausel“ in § 1a Abs. 5 BauGB sowie durch die Klimaschutzgesetzgebung des Landes in der Bauleitplanung gem. § 1a Abs. 5 Satz 2 i.V.m. § 1 Abs. 7 und § 2 Abs. 3 BauGB über Abwägungsrelevanz für das weitere Verfahren.</p> <p>In der vorliegenden städtebaulichen Begründung wird in Nr. 6.4 auf die Klimaschutzbelange eingegangen und auf ein entsprechendes Maßnahmenbündel auf der Ebene des Bebauungsplanes verwiesen. Dabei erscheinen die vorgesehenen Punkte in Relation zur Größe des Plangebiets als geeignet. (u.a. Reduzierung des Oberflächenwasserabflusses, Pflanzbindungen, Zulassung der aktiven Solar-Nutzung, Ausschluss von Schotter- und Steingärten).</p> <p>In dem zwischenzeitlich erstellten Umweltbericht wird unter Nr. 4 auch aus umweltplanerischer Sicht ergänzend auf den Klimaschutz eingegangen.</p> <p>Daher sind von unserer Seite hierzu keine weiterführenden Forderungen zu erheben.</p>	Die Hinweise zum Klimaschutz werden zur Kenntnis genommen.
	Landratsamt NOK Untere Naturschutzbehörde	26.02.2024	<p>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können</p> <p><i>a) Artenschutz nach § 44 (u. § 45 Abs. 7) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</i></p> <p>Das Artenschutzrecht i.S.d. § 44 BNatSchG ist strikt zu beachtendes Bundesrecht; die Zugriffsverbote gelten in der Bauleitplanung zwar nur mittelbar, die Entscheidung hierüber unterliegt jedoch nicht der allgemeinen planerischen Abwägung des Gemeindeverwaltungsverbandes Seckachtal (GVV).</p> <p>Nach geltender Rechtslage wäre zu dem vorliegenden FNP-Änderungsverfahren eine artenschutzrechtliche Relevanzprüfung bzw. ein Artenscreening erforderlich, was eine diesbezügliche Beurteilung zulassen würde.</p> <p>Insbesondere in Nr. 3 des Umweltberichts werden entsprechend der Anregung in unserer vorausgegangenen Stellungnahme die Ergebnisse der Prüfung zum Artenschutz aus dem parallel im Verfahren befindlichen Bebauungsplan „Gemeindehaus Heinrich-Magnani-Straße“ der Gemeinde Seckach aufgegriffen bzw. die wesentlichen Inhalte des Fachbeitrags Artenschutz dargestellt. Die sachgerechte Erhebung und Behandlung der Belange des besonderen Artenschutzes werden von uns mitgetragen und damit für das FNP-Verfahren kenntlich gemacht.</p> <p>Insoweit sollte auch der Wortlaut in Nr. 6.2 der städtebaulichen Begründung aktualisiert werden.</p>	<p>Die Hinweise zum Artenschutz werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt. Die Begründung wird angepasst.</p>
			<p><i>b) Naturpark nach § 27 BNatSchG und § 23 Abs. 3 NatSchG i.V.m. der Verordnung über den Naturpark „Neckartal-Odenwald“ (NatParkVO) vom 06. Oktober 1986, zuletzt geändert am 16.12.2014</i></p> <p>Der Erweiterungsbereich des Plangebiets befindet sich im Geltungsbereich der Verordnung über den Naturpark „Neckartal-Odenwald“ (NatParkVO). Allerdings gelten Gebiete im Geltungsbereich eines Flächennutzungsplans (Bauflächen), nach § 2 Abs. 3 Nr. 4. NatParkVO als Erschließungszonen, in denen der Erlaubnisvorbehalt des § 4 NatParkVO nicht gilt. Die Erschließungszonen</p>	Die Hinweise zur Lage im Naturpark werden zur Kenntnis genommen.

Nr.	Behörde	Stellungnahme v.	Stellungnahme	Behandlungsvorschlag
			passen sich gemäß § 2 Abs. 3 S. 3 der NatParkVO insoweit der geordneten städtebaulichen Entwicklung an. Für eine so geordnete städtebauliche Entwicklung wird in diesem Zusammenhang u. a. vorausgesetzt, dass der Schutzzweck gemäß § 3 der NatParkVO zumindest erkennbar in die Abwägungsentscheidung des Planungsträgers mit einfließt. Unter Nr. 6.3 der städtebaulichen Begründung ist dazu aktuell eine diesbezügliche Betrachtung mit Bezug auf das Schutzgut Landschaft und Erholung aufgenommen worden.	
			c) <i>Sonstiger naturschutzrechtlicher Flächenschutz</i> Ein nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Biotop „Feldgehölz in Zweifachen Busch östlich von Seckach“ liegt etwa 120 m nördlich des überplanten Gebiets. Mit erheblichen Beeinträchtigungen hierzu wird aus unserer Sicht nicht gerechnet.	Der Hinweis auf das gesetzlich geschützte Biotop außerhalb des Plangebiets wird zur Kenntnis genommen.
			Weitere naturschutzrechtliche Schutzkategorien sind nicht betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
			2. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen) Zur FNP-Änderung werden keine naturschutzrechtlichen Ausnahmen oder Befreiungen erforderlich.	Wird zur Kenntnis genommen.
			3. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage a) <i>Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 18 BNatSchG:</i> Auch auf der FNP-Ebene ist die Bewältigung der Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB in zumindest grundsätzlicher Weise im Hinblick auf die Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu thematisieren. Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB bezeichneten Bestandteilen sind in der Abwägung gem. § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen (Eingriffsregelung in der Bauleitplanung). In den aktuell vorliegenden FNP-Unterlagen wird die Bewältigung der Eingriffsregelung nun in Nr. 6.1 der städtebaulichen Begründung angesprochen sowie unter Hinweis auf die Eingriffs-Ausgleichs-Untersuchung zum Bebauungsplan „Gemeindehaus – Heinrich-Magnani-Straße“ u. a. in den Nrn. 3 und 9 des Umweltberichts näher verdeutlicht. Der Eingriff kann auf Bebauungsplanebene innerhalb des Plangebiets durch Anrechnung des Biotopwertüberschusses vollständig ausgeglichen werden, sodass auch aus der Sicht der Unteren Naturschutzbehörde keine weiteren bzw. externen Maßnahmen erforderlich werden. Für die FNP-Ebene wird damit ausreichend deutlich, dass sich der zu erwartende Kompensationsbedarf durch entsprechende Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen auf der Ebene des parallel geführten Bebauungsplans bewältigen lassen wird. Es sind daher von unserer Seite hierzu keine weitergehenden Forderungen vorzutragen.	Die Zustimmung zur Eingriffsregelung wird zur Kenntnis genommen.
			b) <i>Fachplan Landesweiter Biotopverbund nach § 21 BNatSchG und § 22 NatSchG:</i> Es sind keine Flächen des Biotopverbunds oder Wildtierkorridore des Generalwildwegeplans betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
			c) <i>Naturschutzrechtliches Fazit:</i>	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Behörde	Stellungnahme v.	Stellungnahme	Behandlungsvorschlag
			Zur vorliegenden FNP-Änderung verbleiben aus Naturschutzsicht insgesamt keine erheblichen Bedenken.	
	Landratsamt NOK Abwasserbeseitigung	26.02.2024	Das Plangebiet ist ordnungsgemäß zu entwässern. Der Bau und der Betrieb von öffentlichen Abwasseranlagen (z.B. Flächenkanalisation), die nicht unter § 60 Abs. 3 WHG fallen, bedürfen einer wasserrechtlichen Genehmigung bzw. Benehmensherstellung mit der Unteren Wasserbehörde (§ 48 Abs. 1 WG). Erfolgt eine Einleitung des Niederschlagswassers ins Gewässer (Versickerung oder Direkteinleitung ins Oberflächengewässer), kann hierfür eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich werden.	Die Hinweise zur Entwässerung werden zur Kenntnis genommen. Durch die Planung werden keine öffentlichen Abwasseranlagen erstellt. Das geplante Vorhaben wird an die öffentliche Kanalisation angeschlossen.
			Wir empfehlen die hydraulische Leistungsfähigkeit, der die Entwässerung des Plangebiets aufnehmenden Misch- sowie Regenwasserkanalisation und daran angeschlossener Entwässerungsanlagen, vorab zu überprüfen.	Der Hinweis zur Leistungsfähigkeit der Bestandskanalisation wird zur Kenntnis genommen und ist im Rahmen der Vorhabenplanung zu beachten.
			Zu versiegelnde Flächen empfehlen wir auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Versiegelungsgrad wird im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren festgelegt.
			Wir empfehlen die weitergehende Entwässerungsplanung frühzeitig mit dem Landratsamt abzustimmen.	Wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Vorhabenplanung beachtet.
	Landratsamt NOK Bodenschutz, Altlasten	26.02.2024	Altlasten Gemäß den derzeit vorliegenden Unterlagen und Plänen sind im Planungs- und Einwirkungs- bereich keine Altlasten bzw. altlastverdächtige Flächen im Bodenschutz- und Altlastenkataster erfasst. Werden bei Erdarbeiten/Tiefbauarbeiten erdfremde Materialien bzw. verunreinigte Aushubmaterialien angetroffen, so ist dieser Aushub von unbelastetem Aushub zu trennen und gemäß § 3 Landes-Bodenschutz und Altlastengesetz (LBodSchAG) und den §§ 7 und 15 Kreislaufwirtschafts- gesetz zu verfahren. Die Gemeinde und das Landratsamt sind umgehend über Art und Ausmaß fest- gestellter Verunreinigungen zu informieren. Die im Rahmen der erforderlichen Tiefbauarbeiten anfallenden Aushubmaterialien, welche nicht vor Ort wieder eingebaut werden können (wie auffälliges und/oder überschüssiges Bodenaushub- material), sind entsprechend der aktuellen gesetzlichen Vorgaben einer ordnungsgemäßen Ent- sorgung zuzuführen.	Die Hinweise zu Altlasten werden zur Kenntnis genommen und sind im Rahmen des Bauvorhabens zu beachten.
			Bodenschutz Zweck des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern und/oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzu- wehren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sind Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte soweit wie möglich zu vermeiden (§ 1 BBodSchG). Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden (§ 4 BBodSchG).	Die Hinweise zum Bodenschutz und allgemein gültigen Rechtsgrundlagen werden zur Kenntnis genommen.
			Aufgrund der Flächengröße von mehr als 0,3 Hektar ist für das Vorhaben die Beauftragung einer Bodenkundlichen Baubegleitung (BBB) sowie grundsätzlich auch die Erstellung eines Bodenschutzeskonzeptes (BSK) erforderlich. Auf § 2 Abs. 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz	Der Hinweis auf die Erforderlichkeit einer bodenkundlichen Baubegleitung und ein Bodenschutzkonzept wird zur Kenntnis genommen und ist im Rahmen der Vorhabenplanung zu beachten.

Nr.	Behörde	Stellungnahme v.	Stellungnahme	Behandlungsvorschlag
			(LBodSchAG) wie auch auf die neue Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) § 4 Abs. 5 Satz 1 wird verwiesen. Die Vorgaben, Anforderungen und Inhalte an das BSK wie auch die Aufgaben der BBB ist der DIN 19639 zu entnehmen. Das einer BBB zugrundeliegende Bodenschutzkonzept (BSK) ist frühzeitig (spätestens 6 Wochen) vor Maßnahmenbeginn der zuständigen technischen Fachbehörde Bodenschutz/Altlasten zur Prüfung und Zustimmung vorzulegen. Der Maßnahmenbeginn ist 2 Wochen vor Beginn bei der Fachbehörde anzuzeigen. Die Dokumentation zur BBB ist der technischen Fachbehörde Bodenschutz/Altlasten zeitnah, spätestens jedoch 2 Monate nach Beendigung der Maßnahme vorzulegen. Auf die seit 01.08.2023 geltenden gesetzlichen Vorgaben (insbesondere die Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) sowie die Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)) wird ausdrücklich hingewiesen. Öffentlich-rechtliche Vorgaben sind grundsätzlich einzuhalten und zu beachten.	
	Landratsamt NOK Forst	26.02.2024	Der FD Forst hat keine Einwände gegen das Vorhaben, da kein Wald i.S.d § 2 LWaldG betroffen ist.	Wird zur Kenntnis genommen.
			Da das Plangebiet im Westen an bestehenden Wald i.S.d § 2 LWaldG angrenzt, weist der FD Forst auf die Einhaltung des Waldabstandes nach § 4 Abs. 3 LBO hin. Laut Unterlagen ist die Baugrenze ohnehin schon so geplant, dass der geforderte Waldabstand eingehalten wird.	Der Hinweis zum Waldabstand wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des parallel aufzustellenden Bebauungsplans wird der Waldabstand eingehalten.
	Landratsamt NOK Landwirtschaft	26.02.2024	Der Fachdienst Landwirtschaft hat zum o.g. Vorhaben Bedenken. Der nördliche Teil des Plangebiets befindet sich nach einheitlichen Regionalplan im Bereich des Vorbehaltsgebiets für die Landwirtschaft. Diese Vorbehaltsgebiete sollen vorwiegend der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben. Gemäß der überarbeiteten Flurbilanz befinden sich die Flächen im Gebiet der Vorbehaltsflur I. Diese landbauwürdigen Flächen sind der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten.	Die Bedenken zur Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen werden zur Kenntnis genommen. Die Erweiterung des bestehenden Gemeindehauses erfordert die Errichtung weiterer Stellplätze. Aufgrund der Standortgebundenheit können diese nur durch eine Erweiterung Richtung Norden erstellt werden. Damit ist eine Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen unumgänglich. Die Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Fläche zur Umsetzung des Vorhabens wird daher in der Abwägung höher gewichtet als der Erhalt der landwirtschaftlichen Fläche.
2.	Verband Region Rhein-Neckar	15.02.2024	In unserer Funktion als Träger der Regionalplanung haben wir bereits mit E-Mail vom 18.04.2023 Stellung zu der vorliegenden Planung genommen (siehe Anlage). Unsererseits haben sich keine neuen Erkenntnisse ergeben, die zu einer abweichenden Bewertung führen würden. Der vorliegenden Planung stehen daher weiterhin keine Belange der Regionalplanung entgegen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme vom 18.04.2023 wurde bereits im Gemeinderat behandelt.
3.	RP Karlsruhe Ref. 21 – Raumordnung, Bau-recht, Denkmalschutz	09.02.2024	In unserer Funktion als Höhere Raumordnungsbehörde nahmen wir letztmalig im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit Schreiben vom 19.04.2023 Stellung. Seitdem haben sich keine für uns erheblichen Änderungen ergeben, so dass wir inhaltlich auf unsere damalige Stellungnahme verweisen:	Wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme vom 19.04.2023 wurde bereits im Gemeinderat behandelt.

Nr.	Behörde	Stellungnahme v.	Stellungnahme	Behandlungsvorschlag
		19.04.2023	<p>Vorliegend sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erweiterung eines kirchlichen Gemeindehauses sowie der Schaffung weiterer Stellplätze für dieses auf Ebene der vorbereitenden wie auch der verbindlichen Bauleitplanung geschaffen werden. Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 0,7 ha und befindet sich ca. 1 km östlich des Ortskerns von Seckach. Derzeit wird es bereits durch das bestehende Gemeindehaus genutzt, der nördliche Teil ist bislang Landwirtschaftsfläche. Auf Ebene des Flächennutzungsplans ist die Darstellung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Gemeindehaus“ vorgesehen, auf Ebene des Bebauungsplans die Festsetzung eines Sondergebiets mit der Zweckbestimmung „Kirchliche Zwecke“.</p> <p>In der Raumnutzungskarte zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar ist der südliche und für eine Bebauung vorgesehene Teil des Plangebiets als bestehende Siedlungsfläche Wohnen dargestellt. Der nördliche Teil des Plangebietes, auf dem die Erweiterung der Stellplätze vorgenommen werden soll, befindet sich in Randlage eines Regionalen Grünzugs und eines Vorbehaltsgebiets für die Landwirtschaft. Dieser Bereich umfasst eine Fläche von ca. 0,2 ha.</p> <p>Aufgrund der Kleinräumigkeit des Eingriffs, der Beschränkung der baulichen Anlagen auf den südlichen Teil des Plangebiets und der entstehenden Siedlungskante mit dem benachbarten Sportplatz kann der Planung im Rahmen des maßstabsbedingten Ausformungsspielraums des Regionalplans zugestimmt werden.</p>	Die Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.
			Mit Blick auf den berührten Regionalen Grünzug bitten wir um eine landschaftsverträgliche Ausgestaltung und Eingrünung der vorgesehenen Stellplätze.	Wird zur Kenntnis genommen und im Bebauungsplan beachtet. Es werden im Bebauungsplan umfangreiche Pflanzgebote festgesetzt, die eine landschaftsverträgliche Ausgestaltung und Eingrünung gewährleisten.
4.	RP Stuttgart Landesamt für Denkmalpflege	15.01.2024	Bitte beachten Sie hierzu die dem zugehörigen BPL zugeordnete Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege vom 27.03.2023 sowie meine Nachricht von heute, 15.01.2023 zu den textlichen Hinweisen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme vom 15.01.2023 wurde bereits im Gemeinderat behandelt.
5.	Polizeipräsidium HN FEST-E-VK, Standort MOS	15.01.2024	Die Offenlegung der 6. Änderung der 1. Fortschreibung des FNP zum BBP Gemeindehaus Heinrich-Magnani-Straße haben wir zur Kenntnis genommen. Im derzeitigen Verfahrensstand sind keine weiteren Anregungen oder Verbesserungen vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.
6.	RP Freiburg Abteilung 9 – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	30.01.2024	Unter Hinweis auf unsere weiterhin gültige Stellungnahme Az. 2511 // 23-01263 vom 20.04.2023 sowie das Abwägungsergebnis der frühzeitigen Beteiligung sind von unserer Seite zum in der Offenlage modifizierten Planvorhaben keine weiteren Anmerkungen vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme vom 20.04.2023 wurde bereits im Gemeinderat behandelt.
7.	Vermögen und Bau Baden-Württemberg	05.02.2024	Seitens des Landes Baden-Württemberg (Liegenschafts- und Hochbauverwaltung) bestehen gegen o.g. Änderung der Fortschreibung des Flächennutzungsplans zum Bebauungsplan keine Bedenken oder Anregungen. Landeseigene Grundstücke sind von der Planung nicht betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Behörde	Stellungnahme v.	Stellungnahme	Behandlungsvorschlag
			Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht erforderlich.	Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
8.	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - AöR -		- es liegt keine Stellungnahme vor -	Wird zur Kenntnis genommen.
9.	Gemeinsamer Gutachterausschuss Geschäftsstelle Neckar-Odenwald-Kreis		- es liegt keine Stellungnahme vor -	Wird zur Kenntnis genommen.
10.	Netze BW GmbH	17.01.2024	Wir haben zur Abwägung im o.g. FNP-Verfahren keine weiteren Anregungen oder Bedenken vorzubringen. Bitte beteiligen Sie uns am weiteren Verfahren.	Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
11.	Dt. Telekom Technik GmbH		Mit Schreiben vom 24. April 2023/PTI 21-Betrieb haben wir zum Bebauungsplan und zur Änderung des Flächennutzungsplans bereits Stellung genommen – unsere Anregungen wurden zur Kenntnis genommen - diese Stellungnahmen gelten unverändert weiter.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme vom 24.04.2023 wurde bereits im Gemeinderat behandelt.
12.	Vodafone GmbH		- es liegt keine Stellungnahme vor -	Wird zur Kenntnis genommen.
13.	IHK Rhein-Neckar	23.02.2024	Die IHK Rhein-Neckar hält an ihrer Stellungnahme vom 28.04.2023 fest. Am Fortgang der Planung bleiben wir interessiert.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme vom 28.04.2023 wurde bereits im Gemeinderat behandelt.
14.	Handwerkskammer Mannheim		- es liegt keine Stellungnahme vor -	Wird zur Kenntnis genommen.
15.	ZV Bodensee Wasserversorgung	22.01.2024	Im Bereich dieser Maßnahme befinden sich weder vorhandene noch geplante Anlagen der BWV. Es werden daher keine Bedenken erhoben.	Wird zur Kenntnis genommen.
16.	Stadtwerke Buchen		- es liegt keine Stellungnahme vor -	Wird zur Kenntnis genommen.
17.	Stadt Buchen		- es liegt keine Stellungnahme vor -	Wird zur Kenntnis genommen.
18.	Gemeinde Limbach	29.01.2024	Seitens der Gemeinde Limbach gibt es keine Anregungen.	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Behörde	Stellungnahme v.	Stellungnahme	Behandlungsvorschlag
19.	Stadt Osterburken	12.01.2024	Seitens der Stadt Osterburken bestehen keine Bedenken hinsichtlich des o.g. Verfahrens. Es werden weiterhin keine Einwendungen erhoben bzw. Hinweise erteilt.	Wird zur Kenntnis genommen.
20.	Gemeinde Schefflenz		- es liegt keine Stellungnahme vor -	Wird zur Kenntnis genommen.
21.	Gemeinde Elztal	15.01.2024	Von Seiten der Gemeinde Elztal werden keine Anregungen/ Bedenken vorgebracht. Wir nehmen das Verfahren zustimmend zur Kenntnis	Die Zustimmung zum Verfahren wird zur Kenntnis genommen.

Während der Zeit der Offenlegung sind keine Anregungen der Bürger oder sonstiger Betroffener eingegangen oder wurden mündlich vorgetragen.